

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1896

582 (12.12.1896) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Mittagblatt.

Samstag, 12. Dezember.

Mittagblatt.

№ 582.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranschlagung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1896.

Deutscher Reichstag.

Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)

* Berlin, den 11. Dezember.

Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.): Der Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine stehen meine Freunde sympathisch gegenüber. Es gebe ja noch viele andere Arbeiter, nicht bloß Sozialdemokraten. Was die anderen Punkte betrifft, so haben wir diese bloß ausgeschieden, um das große Gesetzgebungsmerkmal nicht zu gefährden. Zudem wir sie ausgeschieden, haben wir auf die verbündeten Regierungen keinerlei Druck ausüben wollen.

Staatssekretär Nieberding: Der politische Sinn der Resolution geht doch dahin, dem Reichstage Entwürfe über die darin bezeichneten Materien vorzulegen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Absichten der Abgeordneten v. Kardorff und v. Stumm sind doch durchsichtig genug darauf gerichtet, den Arbeiter nicht das Recht der Organisation erlangen zu lassen. Ebenso widerstreben sich dieselben Herren einer einheitlichen Regelung des Jagd- und Fischereirechts, lediglich um ihre feudalen Rechte zu sichern. Die Erfahrung, daß überall, wo es organisierte Arbeitervereinigungen gibt, bei einem Streit eine Einigung zwischen verständigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern weit leichter ist, als wo diese Organisationen fehlen, läßt sich statistisch beweisen. Können Sie eine reichsgesetzliche Regelung nicht herbeiführen, um, so schaffen Sie wenigstens eine landesgesetzliche. Dem Antrag v. Kardorff, der nur die Erledigung der Sache hinauschieben will, bitte ich nicht zuzustimmen, vielmehr bitte ich, nehmen Sie die ganze Resolution an.

Abg. Schneider (Freif. Volksp.): Die auf die reichsgesetzliche Regelung der Rechte der Berufsvereine gerichtete Resolution ist um so berechtigter, als die Lage dieser Berufsvereine durch die Gesetzgebung nach und nach verschlechtert worden ist.

Abg. Spahn (fraktionslos): Das Wasserrecht läßt eine reichsgesetzliche Regelung seiner ganzen Natur nach schwer zu, und nur soweit als gemeinsame große Verkehrsverhältnisse vorliegen.

Abg. Müller-Waldenburg (Soz.): Die Verhältnisse treiben auf eine reichsgesetzliche Regelung des Bergwesens hin.

Abg. Hüpeden (fraktionslos): Die Gegner der Berufsvereine suchen die Meinung zu erwecken, als ob die, welche für die Organisation der Arbeiter eintreten, den Staat unterwühlen. Man stellt die Christlich-Sozialen und die National-Sozialen den Sozialdemokraten gleich. Die Stellung des Herrn v. Stumm zu dieser Frage halte ich geradezu für gemeingefährlich. Ich hoffe, daß die Konservativen sich durch die Nationalliberalen nicht werden bestärken lassen und daß sie sich nicht in dem Fahrwasser des Herrn v. Stumm bewegen werden. (Beifall links.)

Abg. Fischbeck (Fr. Vgg.) beantragt, das Wort „gesammt“ in der Resolution, betr. das Wasserrecht, zu streichen.

Abg. Spahn (Str.) stellt auf Grund des Kommissionsberichtes fest, daß der Staatssekretär sich in der Kommission im Sinne der Resolution ausgesprochen hat.

Abg. v. Kardorff (Npt.): Er glaube nicht, daß die Einzelstaaten gewillt seien, ihre Vereinsgesetzgebung zu Gunsten der Reichsgesetzgebung aufzugeben. Die Ordnung der Gewerksvereine werde ausschließlich den Sozialdemokraten zugute kommen.

Abg. Schall (Konf.): Wir gönnen dem Arbeiter durchaus eine Berufsorganisation, theilen aber die Meinung, daß die Sozialdemokratie daraus ein Werkzeug für ihre Zwecke machen würde. Wir protestieren dagegen, daß wir im Fahrwasser des Herrn Stumm schwimmen. Wir sind eine selbständige Partei und besitzen unser Programm. Wir hoffen, daß den Arbeitern ein Licht aufgehen wird, wo ihre wahren Freunde sind. (Rufen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Marquardsen (nat.): Die Einschränkung und Deutung, die der Abg. Bennigsen der Resolution gegeben hat und die besonders eine schablonenmäßige reichsgesetzliche Regelung ausschließen, sollte es uns allen möglich machen, für die Resolution zu stimmen.

Abg. Frohme (Soz.): Wir verlangen, daß uns das, was das Gesetz im Prinzip zugesetzt, auch wirklich gewährt wird. Die Konservativen billigen den Arbeitern das Koalitionsrecht nur zu, wenn diese sich ganz in ihre Hände geben und das Koalitionsrecht nur so benutzen, wie es den Konservativen genehm ist.

Abg. Hüpeden (fraktionslos): Ich habe mich gar nicht von der konservativen Partei abgewendet, sondern diese hat sich von mir entfernt. Von ihnen aus fiel der erste Schuß gegen die Christlich-Sozialen. Es geschah mir, weil mit seitens der früher freundschaftlich gesinnten Partei dreimal das Wort abgeschnitten worden ist.

Abg. Förster (Antij.): Ich bin der Ansicht des Abg. Hüpeden, daß den Arbeitern ein Recht auf Koalition gewährt wird. Aber dann muß dieses allgemein und jedem Arbeiter gewährt werden.

Der Antrag v. Kardorff auf Rücküberweisung an die Kommission wird abgelehnt. Neben die einzelnen Punkte der Resolution wird gesondert abgestimmt. Angenommen wird mit großer Majorität Punkt 1, Rechtsverhältnisse der Berufsvereine. Ebenso Punkt 2, reichsgesetzliche Regelung der Lohnverträge. Beinahe einstimmig werden die weiteren Punkte angenommen. Nur bei dem Jagd- und Fischereirecht findet sich eine Minorität. Bezüglich des 8. Punktes (reichsgesetzliche Regelung des gesammten Wasserrechtes) wird auf Antrag Fischbeck beschloffen, das Wort „gesammt“ zu streichen. Die ganze Resolution wird sodann angenommen. Es folgt die Beratung des Antrages Auer, baldmöglichst eine Novelle zum Gewerbevertragsgesetz vorzulegen,

durch welche die Zuständigkeit der Gewerbeverträge auf die Streitigkeiten aller Arbeitnehmer ausgedehnt wird.

Abg. v. Cuny (nat.-lib.): Die Ausdehnung der Gewerbeverträge dahin, daß es auch für die Schlichtung von Streitigkeiten bei den Hausindustriellen, Gefinde u. s. w. zuständig sein soll, ist bei der gegenwärtigen Verfassung desselben unmöglich. Das Gewerbevertragsgesetz ist augenblicklich nur für die gewerblichen Arbeiter geschaffen.

Geh. Rath Woodtke: Ich kann mich nur den Ausführungen des Vorredners anschließen. Die Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbeverträge auf die Schlichtung von Streitigkeiten auch bei ländlichen Arbeitern und Gefinde ist unmöglich.

Abg. Spahn (Str.): Auch wir sind der Ansicht, daß die Ausdehnung der Gewerbeverträge in der durch die Resolution angedeuteten Richtung sich nicht ermöglichen lassen wird.

Abg. Fischbeck (Freif. Ver.): Meine Partei ist der gleichen Ansicht. — Nach einer Bemerkung des Abg. Singer wird die Diskussion geschlossen und der Antrag Auer abgelehnt.

Es folgt die Beratung über den Antrag Bachem, wonach die Vorlesungen über das Bürgerliche Gesetzbuch den Mittelpunkt der juristischen Vorlesungen an den Universitäten bilden sollen.

Abg. Spahn (Centr.) erklärt, der Antrag solle keine Beschränkung der Justizprofessoren enthalten. Sie sollen lediglich auf den Gesichtspunkt hingewiesen werden, daß das Bürgerliche Gesetzbuch in Zukunft den Schwerpunkt und Mittelpunkt des juristischen Studiums bilden muß.

Staatssekretär Nieberding: Ich kann den Worten des Vorredners nur zustimmen. Was die preussische Regierung betrifft, so hat sich dieselbe mit der Frage bereits beschäftigt und für die preussischen Universitäten klar gestellt. Was die anderen Landesuniversitäten betrifft, so wird, soweit es der Mitwirkung der Reichsregierung bedarf, diese gern bereit sein, im Sinne der Resolution, falls sie angenommen wird, für dieselbe zu wirken. (Beifall.)

Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.) beantragt, daß die Resolutionsfassung dahin abgeändert wird, daß „die Lehrpläne der Landesuniversitäten dahin umgestaltet werden“. Der Antrag Bachem wird mit dieser redaktionellen Aenderung einstimmig angenommen.

Das Haus vertagt sich sodann auf morgen 1 Uhr. Dampfer-subsidientvorlage; wiederholte Abstimmung über den Antrag Fischbeck. Anträge der Geschäftsordnungskommission. Schluß 5 1/2 Uhr.

Der Untergang des „Salier“.

(Telegramme.)

* Berlin, 11. Dez. Den Abendblättern zufolge fand der Schiffbruch des Dampfers „Salier“ in der Nacht vom 7. zum 8. Dezember bei sehr stürmischem Wetter an der sehr felsigen Küste vier Meilen nördlich von Villa Garcia, in der Nähe von Bafanos bei Cap Corrubedo, 2 1/2 Seemeilen vom Festlande entfernt, statt. Bei der furchtbaren dort herrschenden Brandung war das Schiff bald auseinander gebrochen, so daß Niemand gerettet sein dürfte. Der Dampfer hatte für 3 000 000 M. Werthfachen nach Rio de Janeiro an Bord.

* Bremen, 11. Dez. Bisemann's Telegraphisches Bureau meldet: Mit Bezug auf den an der spanischen Küste verloren gegangenen Dampfer „Salier“ wird uns mitgeteilt, daß derselbe im Jahre 1875 von Carl in Hull nach dem Plane des bekannten Schiffskonstruktors E. Reed und nach speziellen Bauvorschriften des Norddeutschen Lloyd mit sieben wasserdrichten Querschotten erbaut worden ist. Das Schiff erreichte infolge seiner vorzüglichen Bauart auf Grund eingehender Besichtigungen seitens der Experten des Germanischen Lloyd von dieser Gesellschaft die hohe Klasse von 95 A. L., welche im März d. J. nach erneuter Besichtigung bestätigt und auf weitere vier Jahre verlängert wurde. Die besonders gute Beschaffenheit des Schiffskörpers veranlaßte den Norddeutschen Lloyd im Jahre 1891, die inzwischen veraltete Compound-Maschine durch eine andere dreifache Expansionsmaschine von etwa 2 300 indizierten Pferdekraften mit sämtlich neuen Kesseln zu ersetzen. Gleichzeitig wurde auch der Schiffskörper auf der Werft „Vulkan“ in Stettin gründlich nachgesehen und einem zeitgemäßen Umbau unterzogen. Der Dampfer gehört zu den festlichsten Schiffen des Norddeutschen Lloyd. Wegen seiner geringen Lastfähigkeit erwies sich der Dampfer für den Betrieb des Lloyd als nicht genügend nutzbringend, so daß beabsichtigt wurde, ihn nach der Fertigstellung der im Bau befindlichen Schiffe aus dem Betriebe herauszunehmen. Dasselbe Bureau kann die Gerüchte, die Anzahl der Passagiere des Dampfers „Salier“ betrage 4 bis 500, für vollkommen unbegründet erklären. Nach den neuesten Erkundigungen betrage die Zahl der Passagiere 314, darunter befindet sich, wie bereits gemeldet, ein Deutscher.

* Brüssel, 12. Dez. Der Antwerpener Dampfer „Antwerpia“ befand sich nach Meldung des „Berl. Tagebl.“ von hier in der Nacht vom 7./8. Dezember während der Katastrophe des „Salier“ bei Corunna. Es herrschte ein furchtbarer Sturm. Die „Antwerpia“ wurde schwer beschädigt. Die Mannschaft hörte furchtbares Geschrei,

das die Vermuthung bestärkte, daß ein Schiff untergegangen sei. Die „Antwerpia“ konnte keine Hilfe leisten.

* Madrid, 12. Dez. Der verunglückte Dampfer „Salier“ ist am Montag Abend von Corunna abgegangen, wo er 52 Auswanderer aufgenommen hatte, bei schlechtem Wetter. Es kam ein furchtbarer Sturm auf. Das Schiff verlor zwei Boote. Der Kapitän des spanischen Schiffes „Iberia“ sagt aus, die Wellen seien 20 Fuß hoch gewesen. Das Schiff ging dann in der Frühe des 8. Dezember unter. 20 Leichen sind geborgen. Zahlreiche Gegenstände wurden angeschwemmt.

* Vigo, 12. Dez. An der Küste wurden mehrere Leichen des untergegangenen „Salier“ aufgefunden, darunter auch die des Kapitäns Wempe, dessen Uhr um 5 1/2 stehen geblieben war.

Zum Ausstand der Hafenarbeiter.

(Telegramme.)

* Hamburg, 11. Dez. An den Quais dießseits der Elbe waren heute alle Plätze besetzt. Viele Personen, die heute arbeiten wollten, konnten nicht berücksichtigt werden. 108 Kräne waren heute vollbesetzt im Gange. Es herrscht ein reger Güterverkehr auf den Straßen und den Quaiabahren. Der Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona hielt heute Nachmittag eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Es wurde von den beteiligten Betrieben eine entschiedene Besserung der Lage konstatiert und festgestellt, daß dem Arbeitgeberverbande sowohl die Mittel, wie die Wege zur Verfügung stehen, bei der Fortdauer des Streiks Arbeiter nach Bedarf heranzuziehen. Es werde hiervon, falls erforderlich, Gebrauch gemacht werden. Von vielen Seiten wurde über den Terrorismus geklagt, den die Streikenden im Freihafengebiet Tag und Nacht ausübten. Es wurde betont, daß entschieden ein stärkerer Schutz seitens der Behörden, namentlich der Polizei geboten sei, um den ruhigen Fortgang der Arbeiten zu sichern. In dieser Beziehung geschehe viel zu wenig. Es müsse an die Polizeibehörde die dringende Bitte gerichtet werden, für den nöthigen Schutz energisch zu sorgen. Die polizeiliche Abschließung des Freihafengebietes würde sich empfehlen. Es ergab sich in der Diskussion allseitig der feste Entschluß, auf dem wiederholt bekannt gegebenen Standpunkt des Arbeitgeberverbandes zu beharren.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 11. Dez. In der Angelegenheit des gegen die „Bank- und Handelszeitung“ eingeleiteten Ermittlungsverfahrens wegen der Meldung über den unterbliebenen Besuch des Czaren in Friedrichsruh theilt das Blatt mit, der Chefredakteur habe als Verfasser sich selbst bekannt und unterm Eide versichert, daß weder Staatssekretär v. Marschall noch das Auswärtige Amt direkt oder indirekt mit der Sache in irgendwelchem Zusammenhange stehe. Infolge dessen werde dem Zeugniszwangsverfahren zunächst keine weitere Folge gegeben.

* Berlin, 11. Dez. Die Staatsschuldenkommission des Abgeordnetenhauses beendigte die Generaldiskussion der Vorlage, betreffend den Ausgleichsfonds und die obligatorische Schuldentilgung und überwies die Vorlage an eine Subkommission, welche noch vor Weihnachten tagen soll.

* Berlin, 12. Dez. Die Kommission für das Haussteuer-gesetz beschloß, daß Detailrevisende fortan der Haussteuer unterworfen würden und das Gesetz am 1. Januar 1897 in Kraft tritt.

* Berlin, 12. Dez. Der „Nat.-Ztg.“ wird berichtet, daß gegen die „Deutsche Tageszeitung“ die Klage wegen Beleidigung des Staatssekretärs v. Marschall und des Auswärtigen Amtes eingeleitet sei.

* Köln, 12. Dez. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Berlin erklärte der Eisenbahnminister in der Sitzung des Verbandes Eisenbahnrathes, daß der Kohstoff-tarif am 1. April 1897 auch auf Brennstoffe, Kohlen, Cokes und Braunkohle ausgedehnt werde. Die Vorlage, betr. Erztarife, wurde auf die Einwendungen v. Stumm's zur nochmaligen Prüfung dem Ausschusse überwiesen.

* Budapest, 11. Dez. Das Abgeordnetenhaus begann die Beratung über den Adressentwurf. Referent Pulszky empfahl den Entwurf der liberalen Partei. Hinsichtlich der Klagen der Oppositionsparteien über Mißbräuche bei den Wahlen wies Redner darauf hin, daß mehr als ein Viertel der Abgeordneten der liberalen Partei einstimmig gewählt worden seien. Fast alle Städte hätten dieselben mit Mehrheiten von über 300 Stimmen gewählt. Es zeuge nicht von Patriotismus, die ganze Nation der Korruption zu zeihen. Die liberale Partei,

